

# Lieber Werner

Autor(en): **Gurtner, Bruno**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **80 (2002)**

Heft 1

PDF erstellt am: **09.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341669>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Lieber Werner,

Deine querdenkerisch, provokativ formulierten Texte lese ich stets gerne. Sie regen zum weiteren Überlegen an. Das ist auch dieses Mal so mit Deinem Text «Ökonomie und Vertrauen in die Zukunft». Er erinnert mich an einen Deiner früheren

---

**Bruno Gurtner**

---

Texte im «Cash», in dem Du die Ökonomie des Glücks bereits einmal dargestellt hast. Wahrscheinlich habe ich diesen Text schon beiseite gelegt, aber ich finde ihn nicht mehr. Aber ich weiss noch, dass mich Deine Gedankengänge überzeugten. Allerdings fragte ich mich damals, was denn nun die konkreten Folgerungen für die Wirtschaftspolitik sein müssten. In Deinem früheren Glücksökonomie-Text hast Du nach meiner Erinnerung kaum konkret aufgezeigt, wo denn nun die Wirtschaftspolitik ansetzen soll. Das liess mich damals etwas ratlos zurück mit der Frage, ob Deine Theorie zwar genial, aber nicht operabel sei.

Einprägsam simpel und zugleich genial finde ich auch einige Deiner zentralen Thesen in Deinem neuen Text. Etwa, dass der Gang der Wirtschaft eine «Frage des Vertrauens in die Zukunft» sei, dass «Vertrauen zu bewahren, zu schaffen und... herzustellen, die zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik» sei. Das setze «eine politische Diskussion um die richtige Nachfragesteuerung voraus». «Je satter eine Wirtschaft wird, desto besser muss die Nachfrage gesteuert werden.»

In Deinem neuen Text holst Du es auch nach, konkrete wirtschaftspolitische Vorschläge zu unterbreiten: Beim Sozialstaat, im Kapitalmarkt, im Arbeitsmarkt soll die richtige Nachfragesteuerung ansetzen. Und keck provozierst Du, zumindest in der politischen Diskussion um diese richtige Nachfragesteuerung sei die Linke nicht sehr präsent!

Trifft das zu? Betrachten wir vorerst den Arbeitsmarkt. Demnächst stimmen wir über die 36-Stunden-Woche-Initiative der Gewerkschaften ab, wahrscheinlich zwar ohne grosse Erfolgchancen. Aber ist denn das nicht ein Stück Nachfragesteuerung in Deinem Sinne? Die Verkürzung der Arbeitszeit war stets ein Postulat der Linken, nicht nur in Krisenzeiten. Und es war die Linke, die sich in der politischen Auseinandersetzung für den Ausbau und die Erhaltung einer angemessenen Arbeitslosenversicherung stark machte. Die Linke unterstützte stets auch Postulate zum Ausbau der Bildungsangebote, widersetzte sich der Erhöhung des Rentenalters.

Serge Gaillard verlangt eine jährliche Wachstumsrate von zwei Prozent, damit Vollbeschäftigung erhalten bleibt (WoZ 10.1.2002). Die Linke will eine Familienbesteuerung, die niedrigen Einkommenschichten mehr Kaufkraft belässt. Ruth Dreifuss kämpft für die Umverteilung von Krankenkassenprämien für Kinder. Die Linke ist die stärkste Verfechterin einer wirkungsvollen Wettbewerbspolitik, will

eine Zentralbankpolitik, die nicht nur die Inflationsbekämpfung, sondern auch die Konjunkturentwicklung vor Augen hält.

Diese Aufzählung kann mit Leichtigkeit mit weitem ähnlichen Postulaten und Elementen ergänzt werden. Tragen sie letztlich nicht allesamt bei zu einer sinnvollen Nachfragesteuerung? Ich denke ja. Die Linke ist also in der pragmatischen Realpolitik entgegen Deiner Einschätzung demnach doch präsent, zwar nicht immer erfolgreich. Hin und wieder doch. Aber für realpolitische Erfolge lässt sich die Linke offenbar nicht feiern (vgl. Markus Schneider, Die Linke hat ein Gespenst gebändigt, Weltwoche 24.1.2002).

Eine andere Frage ist, ob die Linke immer genügend gut durchdachte, gut ausformulierte und in sich konsistente Konzepte in all diesen Politikbereichen erarbeitet hat. Das kann durchaus mit hoher Berechtigung bezweifelt und kontrovers diskutiert werden. Und noch fraglicher ist, ob sie diese Konzepte dann verständlich genug an die Öffentlichkeit transportiert, um sich damit zu deren Durchsetzung eine genügend grosse Anhängerschaft zu schaffen.

Die Linke bleibt in der blockierenden Markt-Staat-Diskussion stecken. Sie unternimmt nichts Genügendes, um die ideologische Sterilität im wirtschaftspolitischen Denken in der Schweiz zu überwinden. Die Linke lässt das Mainstream-Denken der fundamentalistischen Marktgläubigen an den Wirtschaftsuniversitäten und in den Medien dominieren. Die Wirtschaft leistet sich einen Think-Tank, die Linke nicht.

Manchmal habe ich auch den Eindruck, dass die Linke gar nicht wahrnimmt, was im Ausland an Alternativen für Wirtschaftstheorie und -politik erarbeitet und diskutiert wird. Dabei wäre der Blick über die eigenen Grenzen lohnend. Im ausser-schweizerischen Europa ist eine «Wor-

king Group: Alternative Economic Policy for Europe (European-Memorandum-Group)» tätig. Eben veröffentlichte diese Arbeitsgruppe Vorschläge für eine Wirtschaftspolitik gegen Rezession und Polarisierung wider die ideologische Sterilität und politischen Blockaden (<http://www.memo-europe.uni-bremen.de/euro-memo/indexmem.htm>). Bereits früher hat die Gruppe ein Memorandum veröffentlicht über «Alternativ Economic Policy Guidelines for Full Employment and Social Cohesion in Europe», meines Wissens ohne schweizerische Signaturen.

In den USA gibt es zahlreiche kritische Institute mit renommierten Wirtschaftsfachleuten, deren Publikation trotz Internet in unserem Land kaum zur Kenntnis genommen werden. Du bist einer der wenigen, der Vertretern dieser weltweit bekannten kritischen AutorInnen wie Stiglitz, Rodrik, Sachs und andern die Spalten Deiner Zeitung öffnest.

Am ehesten sind deren Ideen noch bei jenen bekannt, die sich mit der Globalisierung und der weltweiten Entwicklung befassen. Nicht ganz zufällig, denn sie wissen, dass Dekaden der Globalisierung zwar Teile der Welt ungemein befähigt hat, zu produzieren und anzubieten. Aber die damit verbundenen «sound macro-economic policies» haben nicht nur die Inflation erfolgreich eingedämmt und lar-ge Fiskalpolitik verhindert. Sie haben weltweit auch zu eingeschränkter und schwacher Nachfrage mit all ihren negativen Folgen geführt. Und das Bemühen, die Players auf den internationalen Finanzmärkten glücklich zu machen mit der Durchsetzung des freien Kapitalverkehrs, erkaufte sich die Regierungen mit eingeschränkten Fähigkeiten, das Niveau der Nachfrage zu regeln. Das kommt einer wirtschaftspolitischen Entwaffnung gleich. Und letztlich ist auf diese Weise in den letzten Jahren eine viel zu hohe finanzielle Liquidität entstanden. Gegenstück ist

**Für realpolitische Erfolge lässt sich die Linke offenbar nicht feiern.**

eine zu geringe Investitionsbereitschaft in der warenproduzierenden Industrie.

Stets wurde von den Marktgläubigen vorausgesetzt, Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Exportorientierung usw. führten zu Wachstum und sei ohne Alternativen. Das war auch das Rezept, das gegenüber den Entwicklungsländern durchgesetzt worden ist. Mit mässigem Erfolg. Die Entwicklungsländer, sowohl die ärmsten wie auch die Länder mit mittlerem Einkommen wuchsen in den Jahren zwischen 1960 und 1980 stärker als in den Jahren zwischen 1980 und 2000, der Zeit mit der intensivsten neoliberalen wirtschaftspolitischen Ausrichtung. Diese Strategie hatte weltweit eine wachsende Ungleichheit zur Folge. Einer Minderheit in der Welt brachte sie ökonomischen Fortschritt und politischen Machtzuwachs, den Mittelschichten vielleicht einen schwachen Mitnahmeeffekt. Millionen von Menschen blieben jedoch in der teils extremen Armut stecken oder wurden neu in diese Armut zurückgeworfen. Das ist das Resultat einer forcierten angebotsseitigen Wirtschaftspolitik und einer Einschränkung der Nachfrageregulierung global, regional und national.

Was sind die Folgerungen? Es braucht also sicher nicht nur eine Politik der strukturellen Nachfragesteuerung, sondern erstens eine Politik der Erhaltung, Absicherung und Steigerung der Nachfrage. Angesichts dessen, dass Schichten mit tiefem Einkommen eine höhere Konsumrate haben als Reiche, beinhaltet dies auch eine ökonomisch begründete Umverteilung. Aber eine neue Nachfragepolitik heisst zweitens auch ein Zurückdämmen der alten Angebotspolitik.

Ironischerweise bedurfte es der drohenden Rezession (und der die Rezession verstärkenden Terrorakte vom 11. September), um den schlummernden Möglichkeiten der Nachfragepolitik wieder

Auftrieb zu verschaffen. Der Londoner «Economist» beispielsweise, sonst nicht im Rufe abtrünniger orthodoxer wirtschaftlicher Ideen stehend, fragte in seiner Ausgabe vom 19. Januar 2002 vielsagend: «Remember fiscal policy?», um gleich nachzudoppeln: «Regierungen scheinen unfähig zu sein, Budgetpolitik zu nutzen, um die Rezession abzdämpfen. Schade!» Das scheint in der Schweiz der Schuldenbremse nicht anders zu sein.

Dieser Neokeynesianismus hat sich abgezeichnet. Koehler und Wolfensohn, die führenden Köpfe von IWF und Weltbank, Soros, der Spekulant und Wirtschaftsphilosoph und durchaus auch Sprecher des World Economic Forum (WEF), wollen den Kapitalismus weltweit und national regulieren (vielleicht, um ihn zu retten?), ohne die Marktlogik als Motor der Wirtschaft abzuschwören. Andere möchten vielleicht weitergehen, nicht nur die Missbräuche und perversen Auswirkungen des Kapitalismus verhindern, sondern auch die Umwelt, die elementaren Rechte der Arbeitenden schützen und die verlorene Souveränität der Staaten zurückerobern.

Aufgabe der Linken in der Schweiz sollte es sein, diese Ideen aufzunehmen, zu verbreiten und umzusetzen. Vielleicht schafft das Raum für weitergehende Alternativen.

Lieber Werner, ich freue mich auf Deine nächsten Artikel.

Herzlich

*Bruno Gurtner*

Bruno Gurtner, Ökonom, arbeitet bei der Arbeitsgemeinschaft Swissaid/Fastenopfer/Brot für alle/Helvetas/Caritas und ist zuständig für den Bereich Internationale Finanzbeziehungen.